



Deutscher Richterbund
Bund der
Richterinnen und Richter
Staatsanwältinnen und
Staatsanwälte
Landesverband Rheinland-Pfalz

POSITIONSPAPIER

Eildienst im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich

Die Entwicklung des Eildienstes in den letzten Jahren hat gezeigt, dass der Umfang der Inanspruchnahme kontinuierlich steigt. Eine Umfrage bei den Mitgliedern des Richterbundes hat ergeben, dass bei größeren Gerichten alleine am Wochenende bis zu 50 Fälle zu bearbeiten sind. Hinzu kommen die Einsätze außerhalb der Dienstzeiten während der Woche. Dieser Umfang des Bereitschaftsdienstes kann von den Kolleginnen und Kollegen nicht mehr dauerhaft „einfach so nebenbei“ geleistet werden. Eine Aufnahme in die Pensenberechnung stellt dabei keinen ausreichenden Ausgleich dar, weil damit keine Personalaufstockung verbunden ist.

Vielfach führt der Eildienst zu einem Kontakt mit Rechtsgebieten, die der täglichen Arbeit fern liegen. Kurzfristige Einarbeitungsmöglichkeiten beim Auftreten von Problemen bestehen nur sehr eingeschränkt.

Die Mitgliederbefragung hat weiter ergeben, dass der Eildienst mit einer erheblichen Reisetätigkeit verbunden ist, wozu auch die Bildung von Eildienstpools beiträgt. Einheitlich werden hier die bestehenden Reisekostenregelungen nicht als ausreichend angesehen.

Auch das zur Verfügung stehende Personal - insbesondere außerhalb von Präsenzdienstzeiten - wurde ganz überwiegend als nicht ausreichend angesehen. Eine Hinzuziehung von Servicekräften, Wachtmeistern oder Gerichtsvollziehern ist mit erheblichen Problemen verbunden, da hier überwiegend keine Rufbereitschaft eingerichtet ist.

Angeregt wurde im Rahmen der Mitgliederbefragung darüber hinaus, die Inanspruchnahme des Eildienstes durch Gesetzesänderungen auf den grundgesetzlich erforderlichen Umfang zu reduzieren. Insbesondere bei der Anordnung von Blutproben (§ 81 a StPO) wird eine Entscheidung durch Richter oder Staatsanwalt als nicht notwendig angesehen, zumal hier zumeist wegen des Ergebnisses einer bereits erfolgten Atemalkoholkontrolle aufgrund der Gesetzeslage kein Entscheidungsspielraum gegeben ist.

Letztlich wurde mehrfach angeregt, von den Möglichkeiten der modernen IT-Technologie weiter als bisher Gebrauch machen zu können, so z.B. durch die Möglichkeit einer Anhörung im Rahmen einer Videokonferenz. Hierdurch könnten Arbeitskraft und Reisekosten eingespart werden.

Um den Eildienst dauerhaft in dem der Verfassung entsprechenden Umfang aufrecht erhalten zu können fordert der Richterbund aus den vorgenannten Gründen:

1. Für die im Rahmen des Eildienstes anfallenden Aufgaben ist eine spürbare Personalaufstockung im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich vorzunehmen. Hierbei soll es sodann den zuständigen Präsidien in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Behördenleitern obliegen, dieses Zusatzpersonal zur Organisation eines professionellen Eildienstes oder zur Schaffung eines angemessenen Ausgleiches für erbrachte Eildiensttätigkeiten einzusetzen.
2. Während der gesamten Zeit des Eildienstes ist ausreichend Personal aus dem gesamten nachgeordneten Bereich in Rufbereitschaft zu halten. Hierdurch anfallender Freizeitausgleich ist durch Personalaufstockungen auszugleichen.
3. Für die Berechnung der Reisekosten ist grundsätzlich der Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Inanspruchnahme als Ausgangsort maßgeblich, wobei die Reisekostensätze den üblichen Sätzen in der freien Wirtschaft anzugleichen sind.
4. Durch Gesetzesänderungen ist die Inanspruchnahme des Eildienstes auf die Fälle zu beschränken, in denen eine richterliche Entscheidung nach dem Grundgesetz unabdingbar ist, wobei auch weitere Möglichkeiten für den kostensparenden Einsatz von IT-Technologie zu schaffen sind.
5. Durch das Angebot von regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen ist die Möglichkeit zu schaffen, sich mit den vielfältigen im Eildienst auftretenden Fragen und Rechtsproblemen ausreichend vertraut zu machen.

Die Landesvertreterversammlung beauftragt den Landesvorsitzenden

- a) das vorliegende Positionspapier und die darin aufgestellten Forderungen an den Minister der Justiz sowie die rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen heranzutragen und hierbei eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz für notwendige Gesetzesänderungen anzuregen,
- b) einen Antrag an den Bundesvorstand zu stellen, sich von dort aus dem Positionspapier bundesweit anzuschließen,
- c) auf eine Veröffentlichung des Positionspapiers in der Richterzeitung, ggf. mit einem Fachbeitrag hinzuwirken,
- d) das Positionspapier im Mitteilungsblatt des Landesverbandes zu veröffentlichen.

Dem Landesvorstand bleibt es sodann vorbehalten, ggf. notwendige weitere Aktivitäten in die Wege zu leiten.